

Starke Kammer: Effizienzsteigerung und Verschlinkung

Bericht von der Delegiertenversammlung am 16. Juli 2025

Es stehen Veränderungen an Arbeitsprozesse und Strukturen der Kammer werden überprüft, um die Kammerarbeit effizienter zu organisieren. Die Dienstleistungen für die Mitglieder sollen verbessert werden. Nicht notwendige und nicht nachgefragte Angebote stehen auf dem Prüfstand oder werden bereits eingestellt. Eine umfassende Debatte zu den Ausschüssen der Ärztekammer Berlin war für den September geplant. Im Mittelpunkt der Sitzung stand jedoch die konkrete Diskussion um den Ausschuss für Qualitätssicherung.

Auszug aus der Tagesordnung der 10. Sitzung der Delegiertenversammlung

- Anfragen an den Vorstand
- Mitteilungen des Vorstandes
- Berichte der Ausschüsse
- Weiterbildung der Ärztekammer Berlin
- Mündlicher Sachstandbericht zur neuen Weiterbildungsordnung von 2021
- Gremien der Ärztekammer Berlin
- Nachberatung des 129. Deutschen Ärztetages 2025
- Tätigkeitsbericht des Vorstandes
- Für mehr Transparenz und Sichtbarkeit der politischen Arbeit der Ärztekammer Berlin

Zu Beginn der Sitzung berichtete PD Dr. med. Peter Bobbert (Marburger Bund), Präsident der Ärztekammer Berlin, dass man auf das prognostizierte Delta in der Finanzplanung der Ärztekammer Berlin reagiere: Der Vorstand habe bereits Maßnahmen beschlossen, um die Ausgaben der Kammer zu reduzieren. Dabei seien Fortbildungsangebote und die Gebührenordnung kritisch geprüft sowie haupt- und ehrenamtliche Tätigkeiten auf Effizienzsteigerungspotenziale untersucht worden. Bereits beschlossen sei, Büroflächen zu reduzieren, um Mietkosten zu minimieren. Nicht notwendige Fortbildungsangebote sollen eingestellt werden. Zudem wurde damit begonnen, die Gremienstruktur der Kammer zu verschlanken, indem einige Arbeitskreise aufgelöst wurden. Es gelte, die Kammer in allen haupt- und ehrenamtlichen Prozessen zeitgemäß aufzustellen, so Bobbert. Eine effiziente, schlanke und gleichsam durchsetzungsstarke Kammer sei das Ziel des Vorstandes.

In der letzten Sitzung des Satzungs- und Geschäftsordnungsausschusses unter dem Vorsitz von Bobbert wurden zwei wichtige Änderungen für die Delegiertenversammlung (DV) besprochen: Zukünftig sollen unter dem Tagesordnungspunkt „Mitteilungen des Vorstandes“ Nachfragen an den Vorstand zugelassen werden. Die dafür notwendigen Anpassungen der Geschäftsordnung werde der Ausschuss noch klären, so Bobbert. Des Weiteren soll überlegt werden, der DV die Möglichkeit zu geben, Arbeitsgruppen zu bilden, die themenbezogen über einen definierten Zeitraum arbeiten könnten. Dies würde das Engagement von Kolleg:innen erleichtern, die sich nicht für eine fünfjährige Ausschussmitgliedschaft verpflichten möchten, aber an spezifischen Themen mitarbeiten wollen. Arbeitsgruppen böten hierfür eine flexiblere und niedrighschwelligere Option, so der Präsident.

Dr. med. Regine Held (Allianz Berliner Ärztinnen und Ärzte – MEDI Berlin – Virchowbund) fragte nach der Auflösung von Arbeitskreisen. Bobbert bestätigte, dass der Arbeitskreis Geriatrie und der Arbeitskreis Ärztlich assistierter Suizid aufgelöst und durch Beauftragte ersetzt wurden. Er betonte hierbei, dass dies auch Teil des Verschlinkungsprozesses der Kammer sei. Der Vorstand habe bereits drei Arbeitskreise aufgelöst und beabsichtige, der DV zeitnah die Gelegenheit zu bieten, die Auflösung einzelner Ausschüsse zu beschließen. Man müsse die Kraft finden, nicht nur Neues zu beginnen, sondern auch Bestehendes kritisch zu hinterfragen und es gegebenenfalls zu beenden, so der Präsident.

Hinsichtlich der Anrechenbarkeit von Weiterbildung in Teilzeit fragte Dr. med. Helene Michler (FrAktion Gesundheit) nach der Aufnahme einer entsprechenden Regelung in die neue Weiterbildungsordnung (WBO). Dr. med. Klaus Thierse (Marburger Bund) erklärte, dass dies noch bis zu eineinhalb Jahre dauern könne, da das Thema derzeit noch in den

Gremien der Ärztekammer diskutiert werde. Zudem müsse noch geprüft werden, ob das Vorhaben in die anstehende Änderung der WBO eingebracht werden könne, die im nächsten Jahr der DV vorgelegt werden solle. Erst nach der Beschlussfassung durch die DV kann die WBO zur Genehmigung bei der Senatsverwaltung eingereicht werden.

Nach den Nachwahlen von Prüfer:innen für die Fachsprachprüfungen und Prüfungsausschüsse für die ärztliche Weiterbildung sowie von Expert:innen für die Weiterbildungsausschüsse folgte eine Debatte zum Leitbild des Ausschusses für Qualitätssicherung. Bobbert eröffnete die Diskussion mit den grundlegenden Fragen nach dem Zweck und Ziel des Ausschusses, da diese immer wieder aufkämen und der Ausschuss sich daher ein Leitbild gegeben habe.

Leitbild des Ausschusses für Qualitätssicherung

Der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Qualitätssicherung, Dr. med. Werner Wyrwich, erläuterte das erarbeitete Leitbild. Er betonte die Wichtigkeit des Ausschusses aus Sicht der Ausschussmitglieder. Nach einer Phase der Selbstorganisation und Themenbearbeitung habe der Ausschuss nun seine Rolle und Arbeitsweise neu definiert, um sich klar abzugrenzen und seine Aufgaben effektiv wahrzunehmen, ohne in andere Kompetenzbereiche einzugreifen. Das Leitbild solle diese Neuausrichtung festlegen.

Dr. med. Erich Fellmann, der Vorsitzende des Ausschusses, erläuterte die Historie und den aktuellen Zustand des Gremiums. So seien Mitglieder des Ausschusses bei Gesprächen zur Qualitätssicherung mit der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin hinzugezogen worden und es wurde ein Flyer zur HPV-Impfung entwickelt. Dem Ausschuss sei jedoch die grundsätzliche Gestaltungs- und Entwicklungsarbeit weitgehend abhandengekommen. Daher habe der Ausschuss das vorliegende Leitbild entwickelt, um sein Selbstverständnis zu verdeutlichen. Dr. med. Katharina Thiede (FrAktion Gesundheit), ebenfalls Mitglied des Ausschusses, ergänzte, dass Qualitätssicherung ein Querschnittsthema sei und somit stets Berührungspunkte mit anderen Ausschüssen habe.

Niemand würde wohl argumentieren, dass das Thema Qualitätssicherung unbedeutend sei, so Bobbert. Dennoch wurde eben neben anderen Gremien auch dieser Ausschuss infrage gestellt – auch vom Ältestenrat. Es sei grundsätzlich ineffizient, wenn man nicht klar zuordne, welcher Ausschuss wofür zuständig sei. Der Vorstand habe entschieden, der DV vorzuschlagen, den Ausschuss für Qualitätssicherung nicht weiterzuführen und stattdessen eine Beauftragte oder einen Beauftragten zu benennen. Das Leitbild zeige ihm noch immer nicht, welche Aufgabe der Ausschuss habe. Er wies darauf hin, dass die DV dem Ausschuss seit über zehn Jahren keine konkreten Aufgaben mehr erteilt habe. Teilweise sei

der Ausschuss auch nicht mehr neu besetzt worden. Allein dies zeige, dass man – auch im Sinne der Effizienzsteigerung – die Kraft aufbringen könne, einen Ausschuss zu streichen. Das Thema Qualitätssicherung würde man nicht aufwerten und bearbeiten, indem man formal einen Ausschuss benennt, der dann über Jahre keinen Arbeitsauftrag erhält.

Die Debatte offenbarte unterschiedliche Sichtweisen und Bedenken. Dr. med. Sandra Blumenthal (Hausärztinnen und Hausärzte in Berlin) zeigte sich nachdenklich. Sie hätte die Kammerarbeit akademischer erwartet und sehe die Qualitätssicherung als zentrale Aufgabe der Kammer, die nicht allein dem Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) überlassen werden sollte. Sie hätte sich eine inhaltliche Diskussion innerhalb des Ausschusses gewünscht. Dr. med. Sara Arewa (FrAktion Gesundheit) empfand die gesamte Diskussion als undurchsichtig, da sie noch gar nicht alles durchdrungen habe. Sie solle über einen Ausschuss entscheiden, würde aber zunächst gerne verstehen, wie dadurch der benötigte Betrag eingespart werden solle. Arewa fände es gruselig, dass alles auf den Prüfstand gestellt werden solle, und äußerte die Befürchtung, dass dadurch demokratische Strukturen aufgelöst werden könnten.

Bobbert widersprach dieser Darstellung deutlich und zeigte sich irritiert über den Vorwurf eines undemokratischen Vorgehens. Es gehe darum, bekannte Ausschussstrukturen in der Kammer kritisch zu hinterfragen und dabei auch die Kraft und den Mut aufzubringen, neue Wege zu gehen, wenn sich Bestehendes als nicht ausreichend gut erweise. Die demokratische Teilhabe aller Kammermitglieder sei essenziell, so Bobbert. Eine starre Ausschussstruktur könne, müsse dies aber nicht automatisch bieten. Daher sei die Diskussion zur Schaffung von themenbezogen arbeitenden Arbeitsgruppen aus Sicht des Vorstandes so wichtig. Die aktuell vom Vorstand initiierte Diskussion und seine Vorschläge zeigten vielmehr die Stärkung der demokratischen Teilhabe aller Mitglieder.

Dr. med. Susanne von der Heydt (Marburger Bund), Mitglied des Vorstandes und Schatzmeisterin, betonte, dass der angespannte Haushalt ein Anlass sei, Dinge zu hinterfragen. Man wolle die Qualität der Arbeit identifizieren, Prioritäten setzen und Kräfte bündeln. In der abschließenden Abstimmung wurde das Leitbild mit wenigen Enthaltungen einstimmig angenommen.

Mehr Transparenz und Sichtbarkeit

Anschließend beschloss die DV auf Antrag von Thiede, die Entscheidung über eine Auflösung des Ausschusses für Qualitätssicherung in der DV im September zu treffen. Dort soll die Neustrukturierung der Ausschüsse generell diskutiert werden. Bobbert begrüßte den Prozess, da er eine wichtige

und transparente demokratische Debatte ermögliche. Zudem machte er darauf aufmerksam, dass in den kommenden Sitzungen über alle Ausschüsse entsprechend diskutiert und entschieden werden solle. Er erinnerte daran, dass bereits geplant sei, die Anzahl der Weiterbildungsausschüsse in der Kammer zu reduzieren.

Nach den Wahlen für den Fortbildungsausschuss und den Beirat für Fortbildungsanerkennung kritisierte Thiede die aus ihrer Sicht mangelhafte Berichterstattung über den Deutschen Ärztetag (DÄT) in Leipzig in der Mitgliederzeitschrift. Sie bemängelte, dass der hohe Aufwand ihrer und der anderen Listen bei der Antragstellung nicht ausreichend gewürdigt worden sei. Ole Eggert, der Leiter der Stabsstelle Presse / Gesundheitspolitik, wies auf die umfangreicheren und zeitnah im Online-Magazin veröffentlichten Artikel zu den Kernthemen des DÄT hin, auf die im Heft verwiesen werde.

Abschließend stellte er den mündlichen Sachstandsbericht zu „Mehr Transparenz und Sichtbarkeit der politischen Arbeit der Ärztekammer Berlin“ vor, den die DV angefordert hatte. Er präsentierte Ideen für Formate in verschiedenen Kommunikationskanälen wie der Mitgliederzeitschrift, dem Online-Magazin oder Social Media, die von der Abteilung Digitalisierung / Kommunikation und der Stabsstelle entwickelt wurden. Die Delegierten bedankten sich für die Präsentation und brachten ihre Zustimmung mit positiven Äußerungen und Applaus zum Ausdruck.

Die nächste Delegiertenversammlung fand am 10. September 2025 statt. Der Bericht schließt an diesen an. /